

Antrag

der Abgeordneten Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd), Windelen, Dr. Dollinger, Pfeffermann, Weirich, Neuhaus, Bühler (Bruchsal), Linsmeier, Maaß, Lintner, Dr. Riedl (München), Dr. Schwarz-Schilling, Dr. Köhler (Wolfsburg), Frau Dr. Wilms, Frau Dr. Wisniewski, Dr. Stavenhagen, Niegel, Röhner, Spilker, Dr. Bugl und der Fraktion der CDU/CSU

Aufhebung des sogenannten Verkabelungsstopps der Bundesregierung

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, den im September 1979 auf Veranlassung des Bundeskanzlers ausgesprochenen Stopp der für elf deutsche Großstädte vorgesehenen flächendeckenden Breitband-Verkabelung unverzüglich aufzuheben.

Bonn, den 19. Februar 1981

Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd)
Windelen
Dr. Dollinger
Pfeffermann
Weirich
Neuhaus
Bühler (Bruchsal)
Linsmeier
Maaß
Lintner
Dr. Riedl (München)
Dr. Schwarz-Schilling
Dr. Köhler (Wolfsburg)
Frau Dr. Wilms
Frau Dr. Wisniewski
Dr. Stavenhagen
Niegel
Röhner
Spilker
Dr. Bugl
Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

Begründung

Das Postverwaltungsgesetz verpflichtet im § 2 Abs. 3 die Bundespost, ihre Anlagen „in gutem Zustand zu erhalten und technisch und betrieblich den Anforderungen des Verkehrs entsprechend weiter zu entwickeln und zu vervollkommen“. Der Verkabelungs-Stopp verstößt angesichts der Notwendigkeit, die Bundesrepublik mit einer zeitgemäßen kommunikationstechnischen Infrastruktur auszustatten, gegen diese Gesetzesbestimmung.

Eine sofortige Aufhebung des Verkabelungs-Stopps ist aber auch aus wirtschaftlichen, arbeitsmarktpolitischen und medienpolitischen Gründen notwendig. Das Verbot dieser flächendeckenden Breitband-Verkabelung blockiert Investitionsmöglichkeiten in Höhe von rund 50 bis 60 Mrd. DM für die achtziger Jahre und verhindert nach Schätzungen der elektronischen Industrie über 100 000 Arbeitsplätze.

Um die Bundesrepublik im Hinblick auf die neuen Medientechnologien nicht in einen weiteren Rückstand gegenüber anderen Industrienationen zu bringen und ihre internationale Wettbewerbssituation nicht zu beeinträchtigen, ist der Ausbau und die Entwicklung der neuen Kommunikations-Technologien voranzutreiben. Schließlich bieten die neuen Technologien noch die Chance, die Informationsmöglichkeiten für die Bürger zu erweitern und auch neue Dienstleistungsangebote zu eröffnen.